

DONNERSTAGSKOLUMNE

Briefwechsel



zwischen
Peter Gauweiler und Christian Ude

Machen wir einen Verfassungskonvent

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Peter Gauweiler.

Lieber Christian, vielen Dank für Deine Warnungen vor der „Angst vor Fremdem“. Der Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt sagt, dass diese Angst allen Menschen von Anfang an wie eingeboren ist – als Schutzreflex – und dass man die unguete Seite dieser Angst am besten überwindet, wenn man sich des Eigenen sicher sein kann. Stadt und Staat müssen deshalb Präferenzen setzen. Die Frage nach der Basis der Toleranz und den Voraussetzungen, die sie um ihrer selbst willen braucht, wird uns in unserem weiteren Briefwechsel sicher immer wieder beschäftigen. Wir dürfen nichts tun, was eines Tages als Beitrag zu einer Kollision mit dem finalen Eisberg wahrgenommen wird. Howgh.

Die Zeiten sind ja nicht nur kritisch, sondern auch interessant. In den Buchläden kursiert jetzt „Die Machtfrage / Ansichten eines Nichtwählers“ des Spiegel-Redakteurs Gabor Steingart. Eine von Washington aus geschriebene Analyse über das deutsche Parteiensystem, die sich gewaschen hat: „Würde man den Parteienstaat zum Gesamtstaat erklären – Herzinfarkt als

Massenphänomen würde abgelöst durch Krankheiten, die auf Reizarmut und Bewegungsmangel zurückzuführen sind.“ 60 Jahre Bundesrepublik – Erfolg und Erstarrung. Natürlich ist das Buch auch deshalb empfehlenswert, weil es Dich und mich lobt. Steingart zitiert ausführlich Deinen wirklich sehr guten Kabarett-Text „Im Ortsverein“ (hast Du das wirklich straflos veröffentlichten dürfen: „Gäbe es nicht Jahr für Jahr Zigtausende Versammlungen solcher Art – woher sollten die Leute eigentlich wissen, wie langweilig Politik sein kann?“). Der besondere Wert des Buches ist, dass Steingart bei der Kritik nicht aufhört. Sondern einen Katalog von Vorschlägen vorlegt. Ich hatte bei der Lektüre das Gefühl, als würden mir meine eigenen Gedanken vorgelesen:

„Keine verborgene Vorwahl mehr“: Die Nominierung von Frank Walter Steinmeier am Schwielowsee zum Kanzlerkandidaten war die Sache von 7 Entscheidungsträgern, das weltberühmte Frühstück in Wolfratshausen und sein Ergebnis (die Kanzlerkandidatur Edmund Stoibers) lag sogar in der Hand von nur 2 Leuten. In Amerika

nahmen allein an der Kandidatenaufstellung für die Präsidentschaftswahlen 2008 60 Millionen Menschen teil. Ein Auswahlverfahren, das spannend bis zum Schluss war und Appetit auf mehr Demokratie gemacht hat. Also: An die Stelle der bisherigen Nominierung in Kugelrunden brauchen wir gerade für die Spitzenämter ein für alle transparentes und im offenen Wettbewerb praktiziertes Aufstellungs- und Vorwahlverfahren, das Mitglieder und Nichtmitglieder der Parteien in Deutschland einbezieht.

„Der Abschied vom Listen-Abgeordneten“: Es ist nicht demokratisch, dass die Hälfte aller Bundestagsabgeordneten nicht von den Wählerinnen und Wählern bestimmt wird. Weder namentlich noch in einem persönlichen Auswahlverfahren. Ansehen und Vertrauen des Kandidaten in der Wählerschaft müssen wieder wichtiger sein als das Votum der Parteigremien.

„Bürgerpräsident“: Steingart plädiert auch dafür, die Rolle des Staatsoberhauptes im Rahmen einer demokratischen Erneuerung aufzuwerten. „Es gibt keinen vernünftigen Grund, dem Amt des Bundespräsidenten die Direktwahl durch das Volk zu verweigern.“ Zur Erinnerung: Auch Horst Köhler sprach sich bei seiner vorletzten Berliner Rede ausdrücklich für mehr „plebiszitäre Elemente“ aus. Es wird ihm nicht gefallen haben, dass die Festlegung der Person des Staatsoberhauptes – wie bei der ersten Wahl Köhlers geschehen – durch eine Kungelei in der Dachgeschosswohnung von Guido Westerwelle vor sich gehen konnte (Während die Festlegung auf Gesine Schwan bei der SPD diesmal durch einen Verbal-Überfall von Andrea Nahles auf den verängstigten Kurt Beck passierte. Außerhalb der Tagesordnung, wie es heißt. Unter Verschiedenes). Das ist alles von einer nicht unpeinlichen

Komik, aber gut für die demokratische Kultur unseres Landes ist es nicht.

„Das Volk befragen“: Nahezu alle entwickelten Demokratien kennen das Recht auf Volksabstimmung in Einzelfragen. Auch Deutschland ist reif dafür. Ich glaube auch, dass wir uns für Volksbegehren und Volksentscheid auf eine bundesweite Regelung verständigen müssen, wie wir sie in der Bayerischen Verfassung seit langem haben. Horst Seehofer hat mir letzten Montag gesagt, dass er mit aller Konsequenz entschlossen ist, diesen Volksentscheid als Erstes für europäische Angelegenheiten durchzusetzen. Wenn er das schafft, wird das die weitreichendste Konsequenz aus der letzten bayerischen Landtagswahl sein. Und die beste.

Vielleicht wird der Bayerische Ministerpräsident eines näheren Tages wieder zu einem Verfassungskonvent einladen. Nach Herrenchiemsee zum Beispiel. Und Du und ich laden ihn zu einem Vor-Konvent. Auf einen Espresso zwischen Rathaus und dem Promenadeplatz, wo es sonnig ist. Umnach einem langen Winter endlich wieder im Freien zu sein.

Dein Peter Gauweiler